

## BFH – Anhängige Verfahren

### ■ **AO § 140:**

*Abgrenzung, Ausland, Betriebsvermögensvergleich, Bilanz, Buchführungspflicht, Einkommensteuer, Gewerbebetrieb, Gewinn, Gewinnermittlung, Gold, Luxemburg, Personengesellschaft, Sperrwirkung, Vermögensverwaltung, Wahlrecht, Überschussrechnung*

#### **Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 1618/21**

Ausübung des Wahlrechts nach § 4 Abs. 3 Satz 1 EStG durch ausländische Personengesellschaft - Sperrwirkung bei Buchführungs- und Bilanzierungspflicht nach ausländischem Recht

--Verfassungsbeschwerde--

### ■ **AO § 218:**

*Abrechnungsbescheid, Aufrechnung, Zeitpunkt, Aussetzung des Verfahrens, Ermessensausübung*

#### **Bundesfinanzhof Az: VIII R 30/21**

Aufrechnung von Vergütungsansprüchen nach dem RVG gegen Ansprüche aus der Einkommensteuer- und Umsatzsteuerfestsetzung<sup>1</sup>. Erfordert § 226 Abs. 3 AO, dass die Gegenforderung, mit welcher der Steuerpflichtige die Aufrechnung erklärt, in dem Zeitpunkt unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist, in dem sich die Forderungen erstmals unverjährt gegenüberstanden?<sup>2</sup>. Muss die Ablehnung einer in der mündlichen Verhandlung hilfsweise beantragten Aussetzung des Verfahrens Ausführungen zur Ermessensausübung des Gerichts enthalten?

### ■ **AO § 37 Abs 2:**

*Abrechnungsbescheid, Erstattungsanspruch, Anrechnung, Kapitalertragsteuer*

#### **Bundesfinanzhof Az: VIII R 33/20**

Ist § 37 Abs. 2 AO anwendbar, wenn Kapitalertragsteuer für tatsächlich nicht erzielte Kapitalerträge abgeführt wurde? Ist der einkommensteuerrechtliche Erstattungsanspruch aufgrund der Veranlagung abhängig von den Voraussetzungen und dem Umfang, in denen §

36 Abs. 2 Nr. 2 EStG die Anrechnung der durch Steuerabzug erhobenen Steuer auf die Jahressteuerschuld gestattet?

■ **AStG § 8 Abs 1 Nr 6 Buchst b:**

*Aktive Tätigkeit, Ausland, Ausländisches Steuerrecht, Betriebsstätte, Drittland, EG, EU, Grundbesitz, Hinzurechnungsbesteuerung, Kapitalverkehrsfreiheit, Missbrauch, Passive Tätigkeit, Schweiz, Verfassung, Vermietung, Zwischengesellschaft*

**Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 923/21**

Vermietungseinkünfte aus in der Schweiz belegtem Grundbesitz - Unionsrechtmäßigkeit der Hinzurechnungsbesteuerung im Drittstaatenfall

--Verfassungsbeschwerde--

■ **EStG § 15 Abs 1:**

*Doppelbesteuerung, Schachtelprivileg, Dividende, Steuerfreistellung, Steuerstundungsmodell, Gestaltungsmissbrauch*

**Bundesfinanzhof Az: I R 14/21**

Zur Steuerfreiheit einer Ausschüttung einer luxemburgischen SARL bei vorherigem außerordentlichem Ertrag durch Darlehensverzicht der deutschen Muttergesellschaft<sup>1</sup>. Ist für Gewinnausschüttungen einer luxemburgischen SARL an eine inländische KGaA das sog. Schachtelprivileg nach Art. 20 Abs. 2 Satz 3 DBA-Luxemburg 1958 zu gewähren?<sup>2</sup>. Stellt sich die Gewinnausschüttung einer luxemburgischen Tochtergesellschaft in der Rechtsform einer SARL an die inländische Muttergesellschaft in der Rechtsform einer KGaA als Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten dar, wenn die KGaA der SARL ein Darlehen zur Verfügung gestellt und kurze Zeit später auf die Rückzahlung verzichtet hat und der SARL die Gewinnausschüttung allein aufgrund dieses Verzichts möglich war und soweit die Verluste --im Rahmen eines Gesamtplans--, die auf der ausschüttungsbedingten Wertminderung der SARL beruhen, von den Gesellschaftern der hinter der KGaA stehenden Personengesellschaft steuerwirksam genutzt werden sollen?

■ **EStG § 15 Abs 1:**

*Doppelbesteuerung, Schachtelprivileg, Dividende, Steuerfreistellung, Steuerstundungsmodell, Gestaltungsmissbrauch*

**Bundesfinanzhof Az: I R 12/21**

Zur Steuerfreiheit einer Ausschüttung einer luxemburgischen SARL bei vorherigem außerordentlichem Ertrag durch Darlehensverzicht der deutschen Muttergesellschaft<sup>1</sup>. Ist für Gewinnausschüttungen einer luxemburgischen SARL an eine inländische KGaA das sog. Schachtelprivileg nach Art. 20 Abs. 2 Satz 3 DBA-Luxemburg 1958 zu gewähren?<sup>2</sup>.

Stellt sich die Gewinnausschüttung einer luxemburgischen Tochtergesellschaft in der Rechtsform einer SARL an die inländische Muttergesellschaft in der Rechtsform einer KGaA als Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten dar, wenn die KGaA der SARL ein Darlehen zur Verfügung gestellt und kurze Zeit später auf die Rückzahlung verzichtet hat und der SARL die Gewinnausschüttung allein aufgrund dieses Verzichts möglich war und soweit die Verluste --im Rahmen eines Gesamtplans--, die auf der ausschüttungsbedingten Wertminderung der SARL beruhen, von den Gesellschaftern der hinter der KGaA stehenden Personengesellschaft steuerwirksam genutzt werden sollen?

■ **ESStG § 15 Abs 1:**

*Doppelbesteuerung, Schachtelprivileg, Dividende, Steuerfreistellung, Steuerstundungsmodell, Gestaltungsmissbrauch*

**Bundesfinanzhof Az: I R 13/21**

Zur Steuerfreiheit einer Ausschüttung einer luxemburgischen SARL bei vorherigem außerordentlichem Ertrag durch Darlehensverzicht der deutschen Muttergesellschaft<sup>1</sup>. Ist für Gewinnausschüttungen einer luxemburgischen SARL an eine inländische KGaA das sog. Schachtelprivileg nach Art. 20 Abs. 2 Satz 3 DBA-Luxemburg 1958 zu gewähren?<sup>2</sup>. Stellt sich die Gewinnausschüttung einer luxemburgischen Tochtergesellschaft in der Rechtsform einer SARL an die inländische Muttergesellschaft in der Rechtsform einer KGaA als Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten dar, wenn die KGaA der SARL ein Darlehen zur Verfügung gestellt und kurze Zeit später auf die Rückzahlung verzichtet hat und der SARL die Gewinnausschüttung allein aufgrund dieses Verzichts möglich war und soweit die Verluste --im Rahmen eines Gesamtplans--, die auf der ausschüttungsbedingten Wertminderung der SARL beruhen, von den Gesellschaftern der hinter der KGaA stehenden Personengesellschaft steuerwirksam genutzt werden sollen?

■ **ESStG § 19 Abs 1 S 1 Nr 1:**

*Kindergeld, Bruttoarbeitslohn, Nettolohnvereinbarung, Negative Einnahmen, Steuervergütung*

**Bundesfinanzhof Az: VI R 26/21**

Ist der Bruttoarbeitslohn bei einer Nettolohnvereinbarung betragsmäßig um das Kindergeld zu reduzieren, wenn das Kindergeld vereinbarungsgemäß an den Arbeitgeber ausbezahlt wird?

Ist die Auszahlung des Kindergelds an den Arbeitgeber wirtschaftlich mit einer Steuererstattung an den Arbeitgeber bzw. mit einer Lohnrückzahlung vergleichbar?

- **ESStG § 19 Abs 1 S 1 Nr 1a:**  
*Arbeitslohn, Betriebsveranstaltung, Einkünfte, Sachbezüge, Typisierung, Lohnsteuer, Verfassung, Geldwerter Vorteil, Zuwendung, Festpreis, Teilnahme, Leerkosten*  
**Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 1443/21**  
Bewertung von Arbeitslohn anlässlich von Betriebsveranstaltungen  
--Verfassungsbeschwerde--

- **ESStG § 20 Abs 2 S 1 Nr 3 Buchst a:**  
*Grundstück, Vermietung, Finanzierung, Termingeschäft, Werbungskosten, Wirtschaftlicher Zusammenhang, Kündigung*  
**Bundesfinanzhof Az: VIII R 26/21**  
Sind Ausgleichszahlungen aus der Auflösung einer Zinsswap-Vereinbarung als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abzugsfähig, wenn diese im Zusammenhang mit der Finanzierung der Anschaffungskosten für eine vermietete Immobilie abgeschlossen, jedoch ohne gleichzeitige Beendigung des zugrunde liegenden Immobiliendarlehens gekündigt worden ist?

- **ESStG § 4 Abs 5 S 1 Nr 13:**  
*Abzugsverbot, Bankenabgabe, Beihilfe, Beschwer, Betriebsausgabenabzugsverbot, EG, EU, Finanzmarktkrise, Gleichheit, Klagebefugnis, Kreditinstitut, Körperschaftsteuer, nichtabziehbare Betriebsausgabe, Organschaft, Restrukturierungsfonds, Verfassung*  
**Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 926/21**  
(Klagebefugnis bei Feststellungsbescheid i.S. des § 14 Abs. 5 KStG; Betriebsausgabenabzugsverbot für die sog. Bankenabgabe (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 13 EStG i.V.m. § 12 Abs. 2 RStruktFG a.F.))  
--Verfassungsbeschwerde--

- **ESStG § 9 Abs 1 S 1:**  
*Erstausbildung, Berufsausbildung, Berufstätigkeit, Umschulung, Werbungskosten*  
**Bundesfinanzhof Az: VI R 22/21**  
Können Umschulungskosten eines Steuerpflichtigen bei den Werbungskosten entgegen § 9 Abs. 6 EStG erfasst werden, wenn der Steuerpflichtige zuvor bereits eine langjährige und eigenständige Erwerbstätigkeit ausgeübt hatte, ohne hierfür (mangels Existenz) eine formalisierte Berufsausbildung abgeschlossen zu haben?

■ **FGO § 46 Abs 1:**

*Abschreibung, Anlagevermögen, Ehegatten, Einspruch, Entnahme, Kraftfahrzeug, Nutzungsentnahme, Stille Reserve, Verfassung, Veräußerungserlös, Veräußerungsgewinn, Wirtschaftliche Betrachtungsweise, Zusammenveranlagung, Überschussrechnung*

**Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 2161/20**

Zur Ermittlung des Gewinns aus der Veräußerung eines zum Betriebsvermögen gehörenden, jedoch teilweise privat genutzten Kfz

--Verfassungsbeschwerde--

■ **GewStG § 2 Abs 5:**

*Gewerbesteuerpflicht, Betriebsverpachtung, Unterbrechung, Wesentliche Betriebsgrundlage*

**Bundesfinanzhof Az: X R 17/21**

1. Handelt es sich auch dann um den Übergang eines Gewerbebetriebs im Ganzen (§ 2 Abs. 5 GewStG), wenn die wesentlichen Betriebsgrundlagen nicht vom bisherigen Betriebsinhaber auf den neuen Betriebsinhaber übertragen, sondern lediglich verpachtet werden? 2. Fingiert § 2 Abs. 5 GewStG ein lückenloses Bestehen des Steuergegenstands (einen lückenlosen Übergang der sachlichen Gewerbesteuerpflicht) oder ist auch in diesen Fällen die Prüfung des Zeitpunkts des erstmaligen Vorliegens eines Steuergegenstands beim Übernehmer erforderlich (Erfüllung aller Merkmale eines Gewerbebetriebs einschließlich der Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr)? 3. Beginnt der Gewerbebetrieb des Pächters bereits mit dem Wirksamwerden des Pachtvertrags, wenn der Pächter die angepachteten Betriebsräume nicht sofort, sondern erst nach einer mehrwöchigen Renovierung für seine Kundschaft öffnet? Können die vor Eröffnung der Betriebsräume angefallenen Aufwendungen bei der Ermittlung des Gewerbeertrags abgezogen werden oder handelt es sich um gewerbesteuerrechtlich unbeachtliche Kosten für Vorbereitungshandlungen?

■ **GewStG § 9 Abs 1 S 2:**

*Erweiterte Kürzung, Gewerbesteuer, Hotel, Vermietung, Ausschließlichkeit*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 24/21**

Führt bei der Vermietung einer Hotelimmobilie die Änderung des Mietvertrags dahin, dass das zuvor mitvermietete Hotelinventar auf den Mieter übertragen wird und von diesem bei Ablauf des Mietvertrags Inventar und Einrichtung in unter Berücksichtigung des Zeitablaufs gleicher Art, Umfang und Qualität zurückzuübertragen ist, dazu, dass nunmehr keine schädliche Nebentätigkeit mehr vorliegt und daher die erweiterte Kürzung zu

gewähren ist? Besteht zwischen der Mitvermietung des Inventars und dessen entgeltlicher, auf die Dauer des Rahmenverhältnisses begrenzter Überlassung im Wege eines Pensionsgeschäfts ein rechtserheblicher Unterschied?

■ **GewStG § 9 Nr 1 S 2:**

*Gewerbsteuer, Gewerbesteuermessbetrag, Erweiterte Kürzung, Grundstück, Gesellschaft, Personengesellschaft, Kapitalgesellschaft*

**Bundesfinanzhof Az: III R 26/21**

Dient ein im Eigentum von Gesellschaftern einer Personengesellschaft, die zugleich Gesellschafter einer GmbH sind, stehendes Grundstück mit Dienstleistungsbetrieben ganz oder zum Teil dem Gewerbebetrieb der Gesellschafter, wenn die Bewohner einer benachbarten und von der GmbH betriebenen Seniorenresidenz dort entgeltlich Dienstleistungen in Anspruch nehmen dürfen, sodass es zu einer Anwendung des § 9 Nr. 1 Satz 5 Nr. 1 GewStG kommt und die erweiterte Kürzung gemäß § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG entfällt? Wie ist der Begriff "dienen" zu verstehen?